

e-on heizt das Klima an

... und straft seine eigene Öko-Werbung Lügen



Mit e-on ist man out. „Korrektur“ einer Werbekampagne, gesehen in Aachen.

Um den Ausstoß klimaschädlicher Gase (z.B. Kohlendioxid) zu minimieren, hat die rot-grüne Bundesregierung neben einer Reihe von erfolgreichen Maßnahmen zur Energiewende (z.B. das Erneuerbare Energiesgesetz) im Jahr 2002 auch das Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) verabschiedet. Das Gesetz bestimmt, dass KWK-Besitzer, die ihren Strom ins öffentliche Netz einspeisen, zusätzlich zu der normalen Grundvergütung (die frei vom Stromnetzbetreiber festgelegt werden kann) noch eine gesetzlich vorgeschriebene Vergütung erhalten.

Damit soll die umweltfreundliche KWK-Technik gefördert werden, denn bei der Kraft-Wärme-Kopplung wird in Blockheizkraftwerken sowohl Strom

als auch Wärme erzeugt. Eine deutlich bessere Energieausbeute, denn im Gegensatz dazu bleiben bei konventionellen Kraftwerken zwei Drittel der Energie ungenutzt.

Eine gute Sache, die doch von allen unterstützt werden müsste, möchte man meinen. Nicht aber vom Energieriesen e-on, der so aufdringlich Werbung als Öko-Stromanbieter macht. Als Netzbetreiber bestimmt e-on die Grundvergütung, die den Anlagenbetreibern gezahlt wird, selbst. Für gerade mal 1,5 Cent pro erzeugter Kilowattstunde nimmt der Energiemulti den KWK-Besitzern ihren umweltfreundlich erzeugten Strom ab. Hingegen kassiert er beim Tarifkunden für den Weiterverkauf des Stroms mehr als das Siebenfache. So eine Spanne wünsch-

te sich jeder Einzelhändler. Selbst wenn man noch großzügige Netzkosten berücksichtigen würde, macht e-on mit mind. 300 % Aufschlag einen fetten Reibach. Da sind selbst die in Sachen Klimaschutz eher zurückhaltenden Stadtwerke Bamberg noch vorbildlich: Je nach Tarifbereich vergüten sie immerhin dreimal mehr als e-on.

e-on nutzt also den gesetzlichen Freiraum voll aus, um die ökologisch sinnvolle Kraft-Wärme-Kopplung zu torpedieren. Die KWK-Besitzer hingegen haben keine Alternative, sie müssen dort ins Netz einspeisen, wo ihre KWK-Anlage eingerichtet ist. Wenn sie es dann mit e-on zu tun haben, sind massive Finanzverluste vorprogrammiert. Das ist eine Farce angesichts des millionenschweren Werbeaufwands des Multis, der den Kundinnen und Kunden suggerieren soll, wie stark sich die Firma beim Klimaschutz engagiert.

Hoffnung besteht, dass dem ein Ende bereitet wird. Sollte die erhoffte Steigerung der KWK-Produktion zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht erreicht sein, will Umweltminister Trittin nachbessern. Die KWK-Grundvergütung könnte dann auch gesetzlich festgelegt werden, wie B90/Grüne es schon beim Solarstrom durchgesetzt hatten. Dann wäre den Dumping-Preisen von e-on ein Riegel vorgeschoben.

99Z euse
was Sie im FT nicht lesen können

„Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“

Dieser Spruch ist manchmal ganz praktisch – übrigens auch für den Bamberger Stadtrat.

Ende Juni war für den Kämmerer der Stadt klar, dass die Einnahmen aus Gewerbesteuer 2003 um mehr als 4,5 Mio Euro geringer ausfallen als veranschlagt. Sofort zog Heinz Faust die Notbremse und verhängte zum 2. Juli eine Haushaltssperre. In Form eines „roten Briefes“ wurde sie unverzüglich an alle Referate der Stadtverwaltung mitgeteilt.

Der Stadtrat hingegen bekam die Information offiziell (!) erst bei der Vollsitzung am 23. Juli – und bis dahin war ja noch Zeit. Genug Zeit jedenfalls, um in den Senaten noch schnell einige Ausgaben beschließen.

Zum Beispiel stimmte der Personalsenat der Einstellung eines zusätzlichen Juristen zu, der „unbedingt notwendig sei“. Das E.T.A.-Hoffmann-Theater wollte für kommendes Jahr nochmal 100.000 Euro mehr in seinem Budget haben

– und soll sie bekommen. Und der neue Maxplatz (Gesamtvolumen 800.000 Euro) ist auch noch drin. All dem stimmte die GAL übrigens in dieser Form nicht zu.

Formal alles korrekt gelaufen. Aber man fragt sich schon, welchen Realitätssinn die VoksvortreterInnen im Bamberger Stadtrat beim Umgang mit öffentlichen Geldern haben.

Alles (für) Müller – oder was?

Vor kurzem interessierte sich der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen für Bamberg, nicht nur wegen Weltkulturerbe und Bamberger Reiter. Auf die Kongressstadt mit gut bestückter Kongresshalle war man in Berlin aufmerksam geworden und überlegte, eine Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) mit etwa 700 TeilnehmerInnen hier abzuhalten.

Aber die Ernüchterung kam bald: Die Anfrage beim Chef der Stadthallen-GmbH Horst Feulner ergab, dass die Planungen der Bundespartei mit dem Terminkalender der Halle nicht unter einen Hut zu bringen sind. Denn wo der grüne Bundesvorstand ein- bis zwei Jahre im Voraus plant, kann der Bamber-

ger Hallen-Geschäftsführer nicht mithalten. Maximal ein Jahr im Voraus kann er Termine für Kongresse zusagen mehr ist nicht drin. Bei den erfahrenen grünen BDK-OrganisatorInnen rief das Kopfschütteln hervor, denn in der Kongress-Szene ist das eine echte Rarität.

Woran's liegt? An den Symphonikern. Die haben grundsätzlich Erstbelegungsrecht für die Halle und blockieren diese für alle Termine, die über ein Jahr hinaus gehen. Wer also jetzt im August für November nächsten Jahres einen Kongress, ein Konzert oder sonst eine Veranstaltung in der Konzerthalle arrangieren möchte, der muss sich noch drei Monate gedulden – erst mit maximal zwölf Monaten Vorlauf ist der

Hallenmanager in der Lage, verbindliche Termine zu vereinbaren.

Und davon weichen die Bamberger Symphoniker unter ihrem neuen Intendanten Müller auch keinen Deut ab. Nicht mal einzelne Wochenenden sind sie bereit, frei zu geben, damit auch längerfristige Angebote an Interessenten gemacht werden könnten.

Wenn sich daran nichts ändert, werden große und bedeutende Veranstaltungen in Bamberg eher selten stattfinden. Und der Stadthallen-GmbH, die von der ohnehin schon finanzgebeutelten Stadt immerhin mit jährlich ca. 1,8 Mio Euro bezuschusst werden muss, gehen dadurch lukrative Einnahmen durch die Lappen.

Mich kann man testen !!!!



Einfach im Radladen anrufen und einen Termin vereinbaren und der Chariot Kinderhänger steht am Wochenende für eine kostenlose Probefahrt bereit!

Radladen Der Radladen Hein & Rätzel GmbH
Schrottenberggasse 2 Tel 095157853

Termine

Mittwoch, 13. August 2003, 19.30 Uhr: Podiumsdiskussion „Saufen wir bald alle ab?“ (Hochwasser-Problematik), Veranst.: Bund Naturschutz, Cafe Haas (Spiegelsaal), Obere Sandstr. 7

Montag, 25. August, 17 bis 18.30 Uhr: „Polit-Rondo“ – offenes Bürgergespräch mit MdB Ursula Sowa und Landtagskandidat Wolfgang Grader, am Rondo-Kiosk am Schönleinsplatz

Donnerstag, 28. August: MdB Christine Scheel (Vorsitzende des Finanzausschusses) in Bamberg

Montag, 1. September, 17 bis 18.30 Uhr: „Polit-Rondo“ – offenes Bürgergespräch mit MdB Ursula Sowa und Landtagskandidat Wolfgang Grader, Rondo-Kiosk am Schönleinsplatz

Samstag, 6. September, 18 Uhr: Podiumsdiskussion, u.a. mit Rezzo Schlauch, Veranst.: Wirtschaftsjuvenen, Dominikanerbau Sandstraße

Montag, 8. September, 19 Uhr: Podiumsdiskussion mit LandtagskandidatInnen aller Parteien, Veranst.: Bamberger Wohlfahrtsverbände, Saal der Sparkasse, Schönleinsplatz 1

Montag, 15. September, 17 bis 18.30 Uhr: „Polit-Rondo“ – offenes Bürgergespräch mit MdB Ursula Sowa und Landtagskandidat Wolfgang Grader, Rondo-Kiosk am Schönleinsplatz

Freitag, 19. September: Bundesumweltminister Jürgen Trittin in Bamberg

Wahlgeauschel vorerst ad acta gelegt

In der letzten Ausgabe der 99Z (Nr. 60) berichteten wir von möglichen Wahlbeeinflussungen durch Stadträte, die in größerem Ausmaß Botengänge für ältere Leute übernehmen, ihnen die Briefwahlunterlagen ins Haus bringen und dann gleich Stimmen für sich einsammeln. Wohlgemerkt: Dies liegt bei Kommunalwahlen in Bayern noch im Bereich des Legalen, ist aus moralischer Sicht aber durchaus zu bemängeln. Die GAL

hatte aufgrund eines konkreten Hinweises versucht, durch Einsichtnahme in die Briefwahlunterlagen herauszubekommen, ob tatsächlich eingetragene StadtratskandidatInnen sich gehäuft Vollmachten zum Einholen von Briefwahlunterlagen (z.B. in Altenheimen) ausstellen lassen. Eine solche Akteneinsicht konnte die GAL allerdings nicht erlangen. Nach Auskunft der Rechtsexpertin bei der grünen Landtagsfraktion hätte die GAL allenfalls

die Möglichkeit, einen konkreten Gesetzesverstoß anzuzeigen, dem staatlicherseits nachgegangen werden müsste. Ein allgemeines und unbestimmtes Nachforschen, ob sich einzelne Namen häufen, sei nicht zulässig. Es sind hierfür also konkrete Fälle mit zuverlässigen Zeugenaussagen nötig – über die verfügen wir derzeit allerdings nicht. Zumindest vorerst wird ein etwaiges Wahlgeauschel in Bamberg also ad acta gelegt.

Impressum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:
Andreas Becker, Petra Friedrich, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen):
Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Peter Gack, Kiki Laaser, Ursula Sowa
GastautorInnen:
Mdl Ulrike Gote, Bernd Franze

Fotos:
Erich Weiß

Gestaltung und Satz:
Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck:
Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen/
Alternative Liste, Kreisverband
Bamberg-Stadt

Auflage: 15.000

Nr. 61 / August/September 2003

www.kopier-und-drucklab.de



NEU!
Computercenter mit
5 Kunden-PC's
Kopieren, Scan und
Druck farbig und s/w
in jeder Größe!
Internet surfen!

Postfach 9 96047 Bamberg
Tel. 0951 961 221 Fax 0951 961 222 0951 961 223 0951 961 224